Nummer 37

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Sonntag, 22. Januar 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Reminer. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H. Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Inserate sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die elsaß-lothringische Frage und die „Times"

Von
Prof. Gerland.

Die „Times" behandeln in einem eingehenden Leitartikel, der auch in Deutschland Beachtung verdient, die elsaß-lothringische Frage. Sie sehen in ihr im wesentlichen eine Frage um die Erziehung, namentlich die religiöse Erziehung. Sie weisen dabei auf die Schwierigkeit des Sprachenproblems hin, und es verdient Beachtung, daß der Artikel den elsässischen Dialekt als ein zweifellos germanisches Idiom bezeichnet. Sie führen die Schärfe der Gegensätze auf die in Frankreich überhaupt bestehenden Gegensätze in kirchlichen Fragen zurück und meinen, die Gegensätze stellten im wesentlichen Uebergangserscheinungen dar, da der Uebergang von der deutschen zu der französischen Regierung nicht ohne Härte für Elsaß-Lothringen gewesen sei. Es ist unverkennbar, daß die „Times" mit ihren Sympathien bis zu einem gewissen Grad auf seiten der für ihre Sprache kämpfenden Elsaß-Lothringer stehen. Sie betonen aber scharf, daß die ganze Frage eine Frage der Innenpolitik Frankreichs darstelle, und sie legen auch der sogenannten autonomistischen Bewegung kein größeres Gewicht bei, da die Anhänglichkeit der Elsaß-Lothringer an Frankreich seit ihrer „Befreiung von dem deutschen Joch" unzweifelhaft sei.

Verdient der Versuch der „Times", die Dinge in Elsaß-Lothringen vorurteilsfrei zu betrachten, Beachtung, ist es überhaupt schon eine Tatsache von nicht zu leugnender Bedeutung, daß die elsaß-lothringische Frage so im Mittelpunkt des politischen Interesses steht, daß sie von den „Times" in einem Leitartikel behandelt wird, so muß doch die ganze Auffassung der „Times", die meines Erachtens von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, vom deutschen Standpunkt aus richtiggestellt werden aus Gründen, auf die wir am Schluß unserer Ausführungen zurückkommen werden. Wer wie der Verfasser dieser Zeilen vom Jahre 1874 bis 1902 ständig im Elsaß gelebt hat, von 1902 bis 1918 in denkbar engster Fühlung zu dem Land seiner Jugend geblieben ist, darf wohl für sich in Anspruch nehmen, die Verhältnisse in einem Land einigermaßen richtig übersehen zu können, über das dank einer gänzlich skrupellosen Agitation, die die französische Politik seit 1871 getrieben hat, völlig irrige Auffassungen nur zu weit verbreitet sind. Wenn dabei hier manches gesagt wird, was in Deutschland Gemeingut ist, so müssen Tatsachen, über die das Ausland irrt, auch von uns in den Vordergrund der Erörterungen geschoben werden, um im Ausland irrige Meinungen, so gut es eben geht, zu beseitigen.

Was nun zunächst das elsaß-lothringische Volk betrifft, so ist es, wie vom ethnographischen Standpunkt aus gar nicht geleugnet werden kann, in seiner größten Mehrheit rein deutsches Volk, wie es ja denn auch bis zu seiner gewaltsamen Annexion durch Frankreich unter Ludwig XIV. eine rein deutsche Geschichte gehabt und gar nicht daran gedacht hat, ein sogenanntes Grenzvolk zu sein. Die Bauten und Friedhöfe in den früheren Reichslanden sprechen hier eine derart ungweifelhafte Sprache, daß man sich wirklich wundert, daß ihre Beweiskraft im Ausland nicht deutlicher verstanden wird. Die Sprache, die dieses Volk spricht, ist auch nicht, wie die „Times" vermeinen, weder deutsch noch französisch, es handelt sich nicht, wie die „Times" sagen, um eine Art Patois, es handelt sich vielmehr um einen rein deutschen und zwar alemannischen Dialekt, durchaus verwandt mit dem badischen Dialekt, niemals als Schriftsprache benutzt, sondern immer nur als Dialekt dienend. Als Schriftsprache kam und kommt (ich sehe von einigen Dialektdichtungen ab) lediglich das Hochdeutsch in Frage, und es ist nur ein Versuch der französischen Agitation, die das Deutsche in den Reichslanden leugnen will, aus diesem Dialekt die eigentliche Schriftsprache des Landes machen zu wollen.

Wenn man nun von dem Uebergang der Reichslande an Frankreich unter Ludwig XIV. absieht, ein Uebergang, der sich in den Zeiten der größten Schwäche des deutschen Reiches gewaltsam und wider den Willen der Bevölkerung vollzogen hat, so ist das Verhältnis, in dem die Reichslande zu Frankreich bis 1870 gestanden haben, keineswegs ein Verhältnis reinster Zugehörigkeit gewesen. Zunächst sind große Teile des Elsasses erst später, und zwar in der französischen Revolution an Frankreich gefallen, so die ganze Gegend um Hagenau. Ferner hat etwa bis zum Jahre 1780 sich das Deutschtum im Elsaß sehr ungestört entfalten können, und erst der aus der französischen Revolution geborene Unitarismus führte zu den Versuchen, die deutsche Minderheit am Rhein von Paris aus zu unterdrücken, wogegen die Gegenstöße nicht ausgeblieben sind. Noch im Jahre 1869 sind Bewegungen im Elsaß gewesen, die stark an die heutige Autonomiebewegung erinnern, bis dann das Jahr 1870 den Umschwung brachte.

Will man das Verhältnis von 1870 an beurteilen, so muß man von der Stellung Frankreichs ausgehen. Frankreich hat sofort eine ganz zielbewußte Agitation auf die Wiedergewinnung der Reichslande in Szene gesetzt und hat mit allen Mitteln, namentlich mit sehr starken Geldmitteln in den Reichslanden selbst die Stimmung gegen Deutschland zu nähren versucht. Die Verwaltung der Reichslande durch Deutschland, die immer ein Ruhmestitel deutscher Verwaltung bleiben wird, hat es aber fertig gebracht, das zu erreichen, was der deutschen Politik in den Reichslanden weniger gelingen wollte: die Elsaß-Lothringer mit ihren ganzen Interessen so stark mit dem Reich zu verbinden, daß im Jahre 1914 die Reichslande sich lediglich und ausschließlich als einen integrierenden Bestandteil des deutschen Volkes betrachtet haben. Das ist auch begreiflich, wenn man an den Wechsel denkt, der mit 1871 einsetzte. Aus der verschlafenen und vergessenen Grenzprovinz Frankreichs wurde plötzlich ein blühender Staat. Man braucht nur an Straßburg zu denken. Von einer kleinen Provinzialstadt mit etwa 70 000 Einwohnern entwickelte es sich in rascher Folge zu einer blühenden Stadt mit großem Handel, glänzenden Hafenanlagen, hervorragender Universität, die über wissenschaftliche Anstalten ersten Ranges verfügte (Frankreich hat bei Kongressen versucht, die herrlichen klinischen Anlagen als sein Werk hinzustellen!), zu einer Stadt mit einer Bevölkerung von annähernd 200 000 Einwohnern. So war es überall. Aus den kaum besiedelten Lothringen wurde das große Industriezentrum mit seinen riesigen Anlagen zwischen Metz und Luxemburg. Der Ackerbau, die Waldungen, der Weinbau blühten in ungeahnter Weise auf, und es wäre sicher von Interesse, einmal statistische Vergleiche der Einkommen der elsaß-lothringischen Bevölkerung und ihres nationalen Wohlstandes zwischen 1869 und 1900 zu veranstalten, wenn solches statistisches Material heute überhaupt zu erhalten wäre.

Wenn demgegenüber die Elsaß-Lothringer in der ersten Zeit der deutschen Politik gegenüber ablehnend gestanden haben, so ist namentlich unter der staatsmännisch so überaus klugen Leitung des Statthalters Chlodwig Hohenlohe ein Umschwung eingetreten, der sich immer deutlicher erkennbar machte. Und wer den Kriegsausbruch im Elsaß-Lothringen miterlebt hat, der weiß, mit welcher Begeisterung damals die gesamte Bevölkerung sich als deutsches Volk fühlte und vereint im Kampf gegen Frankreich mit seinem Vaterland gestanden hat. Wenn demgegenüber heute darauf hingewiesen wird, das sei alles nur auf Befehl der deutschen Regierung erfolgt und Stimmungsmache gewesen, so ist diese Behauptung eine so handgreifliche Unwahrheit, daß der, der die Verhältnisse kennt, nur mit Verachtung über sie wegblicken kann.

Gewiß erinnert man sich heute im Elsaß nicht gern an jene Zeiten. Der Umschwung zu der französischen Regierung erfolgte teilweise schon während des Krieges, ja gewisse französisierende Zentren waren immer in Elsaß-Lothringen und wurden durch die namentlich seit 1900 einsetzende, alles Maß übersteigende französische Agitation stets am Leben erhalten. Es ist geradezu unbegreiflich, daß man im Ausland nicht sehen will, wie Frankreichs zielbewußte Politik seit 1871 auf die Isolierung Deutschlands, auf die Revanche, auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen gegangen ist, und man kann es nicht begreifen, daß man heute alle diese Tatsachen im Ausland einfach ignoriert.

Nun kam der Zusammenbruch. Gewiß ist die elsaß-lothringische Bevölkerung damals, wie es scheint und wie namentlich die Wahlen zum Parlament erwiesen haben sollen, ohne Widerstand in das französische Lager abgeschwenkt. Allein man übersehe doch auch (ich lasse die unerhörte französische Propaganda mit ihrer kostspieligen mise en scène außer Betracht) folgendes nicht: Dem unglücklichen Volk war ja gar keine freie Wahl gegeben. Frankreich in schroffster Verleugnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat die von Deutschland geforderte Abstimmung nicht zugelassen, und man muß sich wirklich fragen, warum es eine Abstimmung nicht zuließ, wenn es ihres Ergebnisses so sicher war, wie man heute behauptet. Daß aber die Elsaß-Lothringer damals aus rein materiellen Gründen lieber mit dem Sieger gingen als mit dem scheinbar der Revolution und dem Bolschewismus verfallenen Deutschland, das sich doch in seine Teile aufzulösen schien, ist auch nicht weiter so ganz unbegreiflich. Wenn man aber, um die französische Gesinnung der Elsaß-Lothringer zu beweisen, heute auf die Loyalitätskundgebungen der Elsaß-Lothringer Gemeinderäte usw. verweist, wenn die „Times" die Hoffnung aussprechen, daß es der Rede Poincarés, die er in Straßburg am 12. Februar halten wird, gelingen werde, die ganzen Mißverständnisse zu überwinden, so könnte auch Deutschland unendlich viele Loyalitätskundgebungen der elsaß-lothringischen Gemeinderäte vor und während des Krieges veröffentlichen, die jedenfalls das eine beweisen, daß man auf derartige Kundgebungen ein nicht allzu großes Gewicht legen kann. Dabei beachte man, daß in der deutschen Zeit die Presse niemals geknebelt, sondern stets frei war. Frankreich dagegen hat die autonomistische Presse in den Reichslanden totgeschlagen. Es hat die Vertreter der autonomistischen Bewegung in die Gefängnisse geworfen, offenbar lediglich um die Wahlen vorzubereiten, und läßt jetzt

Scharfe Kampfansage der Flamen an Frankreich.

Rücksichtslose Abwehr rücksichtsloser Unterdrückung

EP **Paris**, 20. Januar.

Die von Victor Marguérite und Armand Charpentier herausgegebene Zeitschrift „Evolution", die demnächst in das dritte Jahr ihres Bestehens und zugleich ihres Kampfes gegen die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge eintritt, bringt einen Artikel des belgischen Flamenführers Ward Hermans. Der Verfasser behandelt die Autonomiebewegung. Mit Zähigkeit halte auch heute noch die belgische Regierung an einer vom Premierminister Rogier (einem naturalisierten Franzosen!) im Jahre 1831 abgegebenen Erklärung fest, daß alle Bemühungen auf die Zerstörung der flamischen Sprache und damit des germanischen Elementes in Belgien gerichtet sein müßten, um die Verschmelzung Belgiens mit dem Mutterlande Frankreich vorzubereiten. Die belgische und französische Oeffentlichkeit werde durch die Brüsseler Presse, von der ein großer Teil aus dem Geheimfonds des Quai d'Orsay unterstützt werde, völlig irregeführt. Der „skandalöse Versailler Vertrag" habe das Volk vergessen, das nach Angabe der Regierung 80 Prozent der belgischen Armee im Kriege gestellt habe; für das flämische Volk hätten die 14 Punkte Wilsons nicht existiert. Während man in Brüssel den Führer des tschechischen Aktivismus, Malaryk, gefeiert habe, sei dort der Führer des flämischen Aktivismus, Borms, zum Tode verurteilt worden. Im ganzen wurden 137 Flamen zu 1418 Jahren Gefängnis, 30 zum Tode und 13 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Das französisch-belgische Militärabkommen verlange vom belgischen Volke, daß es sich eines Tages zum Schutze der Grenzen aufopfere. Durch Abschluß des geheimen französisch-belgischen Militärvertrages sei die flämische Antipathie gegen Frankreich, die auf ungeschickte und provokatorische Propaganda zurückzuführen sei, noch verstärkt worden, denn dieser Vertrag verpflichtet die Flamen für die Zukunft, ohne daß man seinen Inhalt kenne. Je mehr die Brüsseler Presse die Flamen gegen Frankreich aufbringe, um so weniger könne Frankreich mit Sicherheit auf die Erfüllung des Abkommens rechnen. Falls ein neuer Krieg komme, werde das Beispiel der Tschechen in der österreichischen Armee für die Flamen nicht verloren sein.

Nach den Erfahrungen, die die Flamen gemacht hätten, vor allem nach dem Bruch des königlichen Versprechens vom 22. November 1918 auf rechtliche und tatsächliche Gleichstellung der Flamen mit den Walonen, brauche man sich nicht mehr zu wundern, wenn die Flamen über den Kanal nach dem alten England schauten, das ehemals so oft der Verbündete Flanderns gegen Frankreich gewesen sei, und mit der Möglichkeit eines englisch-französischen Krieges rechneten. „Die Freiheit Flanderns ist notwendig für den Frieden Europas."

Wahlreden zum Reichshaushalt.

Oft genug mußte in den letzten Wochen festgestellt werden, daß die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland immer mehr in den Bannkreis der Reichstagswahlen geraten, die die einen für das Frühjahr, die andern für den Sommer oder noch später prophezeien. Gewiß spielen dabei Zwangsläufigkeit und Psychose zum erheblichen Teile mit. Aber wir meinen, Politiker, die an verantwortlichen Stelle stehen und sprechen, müßten genug Takt und Selbstbeherrschung besitzen, um solcher Einflüsse zu einer Zeit Herr zu werden, in der wirklich im Interesse des Staates alles getan werden sollte, um wichtige Entschlüsse oder Kundgebungen aus sachlichen Erwägungen, nicht aber aus der neunzigprozentigen Unschlüssigkeit des Wahlkampfes entstehen zu lassen. Wenn der gegenwärtige Reichstag wider Erwarten über alle Hemmungen hinweg sich bis zu seinem natürlichen Ende am Leben halten sollte, so wird man später einmal mit Heiterkeit oder Empörung auf die Tatsache hinweisen müssen, daß rund ein Jahr vor dem Wahlkampf viele Reichstagsreden von Parteiführern zum Reichshaushalt zu einem sehr erheblichen Teil schon auf die Bedürfnisse des Wahlkampfes zugeschnitten waren. Auch in dieser Beziehung eröffnet der Sozialdemokrat Severing den Reigen: während der stürmische Scheidemann vor einem Jahre bei ähnlicher Gelegenheit die Brücken nach rechts sprengte, ließ der abgeklärtere Severing deutlich genug erkennen, daß die Sozialdemokratie mit einem Teile der jetzigen Koalition nach den Wahlen gern die Regierungsgeschäfte übernehmen möchte. Auch der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Dr. Cremer, ließ durchblicken, daß er von der jetzigen Regierung nicht sehr begeistert sei, er kritisierte den Etat mit einer Schärfe, die man sonst unter Koalitionsfreunden nicht zu finden pflegt. Allerdings soll er nur bei einem kleinen Teil seiner Fraktion Beifall gefunden haben. Die Rolle, die Herr v. Guérard als Stratedner der Zentrumspartei gespielt hat, ist in unserem gestrigen Abendblatt bereits kurz gekennzeichnet worden. Die Erklärung des mit Recht verbitterten Reichskanzlers, die seiner Rede folgte, war durch einen Vorwurf provoziert worden, den Herr v. Guérard dem eigenen Kanzler und dem eigenen Parteiführer gemacht hatte. Ein ungewöhnlicher Vorgang, der durch die Verbeugung vor den Sozialdemokraten und andere Momente der Rede würdig und logisch ergänzt wird. Wenn man nicht wüßte, wohin Herr v. Guérard steuert, so müßte man über den Vorwurf gegen den eigenen Kanzler und über die an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit einigermaßen deplacierte Feststellung erstaunt sein, das Zentrum lasse sich seinen Blick nicht durch koalitionsmäßige Liebe trüben und habe immer auf volle Freiheit seiner Entschlüsse gehalten. Wir meinen, Herr v. Guérard fängt mit der Distanzierung seines Kreises von den anderen Koalitionsparteien, auch von dem eigenen Kanzler, und mit der Selbstempfehlung etwas früh an ...

Solche Ereignisse reizten den überlegenen Sarkasmus des Bayern Dr. Leicht zu wohlgezielten Bemerkungen über Takt und Loyalität von Parteiführern. Es ist ja auch wirklich kein erfreuliches Schauspiel, wenn Parteiredner einer Regierungskoalition bei wichtiger Tagesarbeit manchmal mehr an die Zahl ihrer Mandate am nächsten Wahltage als an die selbstverständlichen Gebote der Disziplin denken, die nun einmal jede Regierungskoalition, auch noch sechs Monate vor den Neuwahlen, beherrschen muß, damit sie den Interessen des Staates dienen kann.

Dr. J.

Den Bericht über die gestrige Reichstagssitzung siehe Seite 2.

In der heutigen Ausgabe finden unsere Leser den 126. Aufsatz der

„Gedenktage des Weltkrieges"

von General der Infanterie von Kuhl:

Der Ostfriede und die Heimat.